

**Niederschrift
über die 29. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 07.11.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:55 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Herr Thomas Haubenreißer
Herr Danny Przisambor
Herr Thomas Salzmann
Herr Gerald Schumann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert
Herr Wolfgang Alboth
Herr Matthias Gräf
Herr Michael Persch
Rainer Pietschmann
Frau Alice Schubert

Stellvertretendes Mitglied

Herr Ronny Hering	Vertretung für Herrn Mirko Rust
Herr Lars Legath	Vertretung für Herrn Daniel Herold
Herr Jörg Schmidt	Vertretung für Herrn Stefan Golle

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Stefan Golle	entschuldigt
Herr Daniel Herold	entschuldigt
Herr Mirko Rust	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Tom Götz

entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Ute Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	TOP 3.
Markus Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	alle TOP
Falk Forster	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 5.1.
Paula Müller	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 4., 8.1.
Thomas Stuhler	Gebäude- und Anlagenverwaltung	TOP 4., 8.1.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Karsten Kroll, Bauplanung Plauen	TOP 2.
Steffen Fugmann, Fugmann Architekten	TOP 2.
Sigrid Polster-Roth, WGS Plauen	TOP 5.1.
Peter Kober, GF Stadtwerke Strom Plauen	TOP 8.1.
Ulrich Riedel, Freie Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung, öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.09.2022
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 26.09.2022
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen der Bürgermeisterin
2. Information zum aktuellen Stand Bau der Dreifeldsporthalle Lessinggymnasium
3. Diskussion zum HH-Planentwurf 2023/2024
4. Antrag der CDU-Fraktion - Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und Grundstücken -, **Reg.-Nr. 281-22** - Stellungnahme der Verwaltung
5. Vorberatung
- 5.1. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Haselbrunn“ in Form der Sanierungssatzung **Drucksachenummer: 0713/2022**
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 29. Sitzung über den öffentlichen Teil des Stadtbau- und Umweltausschusses wird von Frau Bürgermeisterin Wolf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtbau- und Umweltausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion und Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 05.09.2022

Herr Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, hatte sich für diese Sitzung ordnungsgemäß entschuldigt. Eine entsprechende E-Mail von Herrn Rust wurde vom Sitzungsdienst leider übersehen.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der FDP-Fraktion, kündigt an, dass er im nichtöffentlichen Teil seine Aussage im TOP 7. richtigstellen und ergänzen möchte.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass ihre auf Seite 6, TOP 4., protokollierte Äußerung, dass viele Wiesen nicht mehr gemäht werden sollen, missverstanden wurde.

Gemeint war, zu differenzieren, wenn auf Wiesen wertvolle Bestände festgestellt werden. So sollte in Bereichen mit Pflanzen, die biodiversitätsmäßig wichtig sind, wie Disteln und Brennnesseln, nicht alles einheitlich gemäht, sondern solche Pflanzen stengelgelassen werden. Als Beispiel wurde Thiergarten genannt.

Frau Bürgermeisterin Wolf wird die Aufnahme der Ausschusssitzung vom 05.09.2022 mit Frau Schuberts Aussagen noch einmal prüfen lassen und anschließend mit ihr besprechen.

Die Niederschrift wird mit diesen Anmerkungen bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 26.09.2022

Die Niederschrift wird bestätigt.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert im Zusammenhang einer Anfrage von Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., bezüglich Schottergärten, dass Herr Bahl-Voigt durch sie überzeugt werden konnte, im Außenbereich des McDonalds die Schotterflächen durch farbigen Rindenmulch zu ersetzen. Dies kann als gelungenes Beispiel gesehen werden.

1.5. Informationen der Bürgermeisterin

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert über folgende Themen:

Fördermittel Neue Elsterbrücke

Frau Bürgermeisterin Wolf informiert über die Übergabe der Förderbescheide für die Neue Elsterbrücke am heutigen Tag durch die Staatssekretärin Ines Fröhlich vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Dresden (SMWA).

Bewilligt wurden in zwei Förderbescheiden insgesamt 10.013.000 EUR Fördersumme. Die Gesamtkosten betragen für beide Träger ca. 17 Mio EUR, 12 Mio EUR für die Stadt Plauen, wovon 50 % bewilligt wurden und 5,2 Mio EUR für die Plauener Straßenbahn GmbH mit einer Förderung von 90 %.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich hiermit bei allen Stadträten, dem Planungsbüro und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die seit fünf Jahren für diese Förderung gekämpft und ihre Kontakte in Dresden genutzt haben.

Noch in diesem Monat soll die Baumaßnahme ausgeschrieben werden. Die Veröffentlichung im Amtsblatt soll am 22.11.2022 erfolgen. Mitte Januar 2023 findet der Eröffnungstermin statt. Im Februar 2023 wird im Vergabeausschuss über die Vergabe der Leistungen beschlossen. Ende Februar 2023 kann voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden.

Im Haushalt wurde ein Teil der Eigenmittel bereits dargestellt, der übrige Betrag wird aus dem ab nächsten Jahr signalisierten Kommunalbudget für den Straßenbau finanziert. Der Eigenanteil der PSB wird ebenfalls durch die Stadt Plauen übernommen, weil die Gesellschaft selbst nicht in der Lage ist, diese Mittel bereitzustellen.

Frau Bürgermeisterin Wolf bittet an dieser Stelle die Plauener Bevölkerung um Verständnis für die dabei entstehenden Verkehrseinschränkungen.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SGI-Fraktion, beanstandet, dass bei diesem wichtigen Termin der Übergabe der Fördermittelbescheide die Fraktionen nicht eingeladen und somit ihre Arbeit nicht explizit gewürdigt wurde. Den Kommunalpolitikern, die sich für die Belange der Stadt einsetzen und besonders bei diesem bedeutenden Projekt mitgewirkt haben, wäre ein offizieller Dank wichtig gewesen.

Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Der Stadt Plauen ist hier ebenfalls der endgültige Förderbescheid zugegangen. Es wurde ein Budget in Höhe von 2,7 Mio EUR bei einem Gesamtbudget von 3 Mio EUR bewilligt. Ebenfalls wurden hierzu alle beantragten Maßnahmen entlang der Bahnhofstraße und in der Altstadt bestätigt.

Das Projekt wird nun gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung entwickelt. Die Wirtschaftsförderung wird federführend die Steuerung übernehmen, die Stadtplanung die finanzielle Abwicklung, aber auch die weitere Konzeptionierung begleiten.

2. Information zum aktuellen Stand Bau der Dreifeldsporthalle Lessinggymnasium

Zum Tagesordnungspunkt begrüßt Frau Bürgermeisterin Wolf die Bietergemeinschaft Fugmann Architekten GmbH und Bauplanung Plauen GmbH, Herrn Steffen Fugmann und Herrn Karsten Kroll.

Frau Bürgermeisterin Wolf führt aus, dass die Geländeregulierung mit einem Budget in Höhe von ca. 600.000 EUR abgeschlossen werden konnte. Mit geplanten 1,05 Mio EUR erhielt die Stadt Plauen ein sehr günstiges Angebot.

Weiterhin wurde das Los 2 ausgeschrieben. Das Angebot in Höhe von 585.000 EUR ist fast identisch mit der Planung und umfasst alle Erschließungsleistungen.

Am 08.11.2022 soll die Ausschreibung Los 3 - Erweiterter Rohbau gestartet werden, Beginn soll Ende Februar 2023 sein. Das Bauende ist für September 2024 geplant.

Die Dreifeldsporthalle wurde aus aktuellen Gründen auch noch einmal bezüglich der energetischen Situation sowie einer autarken Betreibung geprüft.

Herr Fugmann und Herr Kroll erläutern noch einmal das Objekt anhand einer Präsentation mit Innen- und Außenanlagen.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich für die Ausführungen. Sie teilt mit, dass Plauen die erste Modellkommune ist, die bereits baut.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., fragt bezüglich der Barrierefreiheit, ob es den Tatsachen entspricht, dass der Fahrstuhl nur bis zur zweiten Ebene reicht. Ein Rollstuhlfahrer müsste demzufolge von der dritten in die zweite Ebene getragen werden, falls der Fahrstuhl ausfallen sollte.

Dies wird durch die Planer bestätigt.

Weiterhin hat Herr Stadtrat Legath festgestellt, dass mehrere Male der Bauzaun auf der Reißiger Straße umgefallen war.

Herr Stuhler, Gebäude- und Anlagenverwaltung, teilt mit, dass dies Folge von Vandalismus war.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob der Parkplatz geschlossen bleibt, wenn keine Großveranstaltungen stattfinden bzw. dieser dann für andere Aktivitäten genutzt werden kann, auch für Radfahrer.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass es ein eigenes Projekt zur Anbindung der Dreifeldhalle im Rahmen des Modellprojektes auch an die Ostvorstadt gibt. Es ist ein Radweg in einem anderen Förderprogramm von der Ostvorstadt, am Rande der Innenstadt, bis zur Dreifeldhalle geplant. Mittlerweile wurde eine weitere Radwegeverbindung „Anbindung der Dreifeldhalle in Richtung Jößnitz, Steinsdorf, Röttis“ beantragt. Auch dies wurde bereits bewilligt und ist nun in der weiteren Konzeptionierung und Umsetzung, wie Grundstücksankauf, Planung etc.

Weiter fragt Herr Stadtrat Przisambor, ob noch konzeptionell beinhaltet ist, eine mobile Schall- und Wärmewand aufgrund der energetischen Seite und zur Nutzung der Tribünen außerhalb der Zuschauerveranstaltungen einzubauen, so dass die Seite Chamissostraße für andere Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Herr Kroll erklärt, dass die multifunktionale Nutzung weiterhin Planungsgrundlage ist.

Herr Fugmann ergänzt, dass die Parkplätze für die normale öffentliche Nutzung abgegrenzt werden.

Die Trennwände sind nach wie vor Bestandteil, um nachhaltig Energie zu sparen. Auf der Tribünenseite können Veranstaltungen, wie Vorlesungen, Vorträge, Meetings, stattfinden.

Herr Stadtrat Przisambor interessiert sich für ein Energiekonzept.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass in Zusammenarbeit mit den Planern sowie den Stadtwerken Strom Plauen diesbezüglich Überlegungen mit folgendem Ergebnis angestellt wurden:

Das gesamte Dach soll mit Photovoltaik belegt werden. Derzeit wird an einer Speicherlösung gearbeitet. Das Lessing-Gymnasium soll mit der Dreifeldhalle verbunden werden, um auch dort flexibel austauschen zu können.

Frau Müller, Klimaschutzmanagerin im FG Stadtplanung, ergänzt, dass sich im Lessing-Gymnasium eine Gasheizung befindet. In die neue Dreifeldsporthalle sollen ein Blockheizkraftwerk und eine Luftwärmepumpe eingebaut werden. Ein Gaskessel, der aber nur für sehr kalte Tage benötigt wird, soll noch hinzukommen.

Herr Stadtrat Przisambor spricht noch einmal das Thema Betreiberkosten an. Er geht davon aus, dass die Stadt Plauen Betreiber sein wird. Er bittet um eine exakte Darstellung der Betreiberkosten, sofern die Planungen insoweit vorangeschritten sind.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass sie gerne darüber informieren wird. Die Betreiberkosten werden natürlich festgeschrieben. Gesetz ist, dass die Stadt Plauen Betreiber ist, es aber Hauptnutzer gibt.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob für dieses Modellprojekt eine Zertifizierung bezüglich der Nachhaltigkeit durch einen externen Auditor vorgesehen ist.

Frau Bürgermeisterin Wolf ist nicht bekannt, ob eine Zertifizierung für das Objekt bei dem jetzigen Planungsstand bereits beantragt ist. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, fragt, welche Erfahrungen aus dem Dach der Mehrzweckhalle Wieprechtstraße hier mitgenommen wurden. Herr Fugmann erläutert, dass damals bei der Sporthalle Wieprechtstraße ein modernes Dachsystem eingesetzt wurde. Es handelt sich um Platten, die das gesamte Bauwerk vom Giebel bis zum First umspannen. Allerdings hat sich herausgestellt, dass sich im Bereich der Oberlichter Schwachstellen ergeben haben. Davon hatte man zum damaligen Zeitpunkt leider keine Kenntnis.

In der Dreifeldsporthalle wird allerdings ein anderes Dachsystem eingebaut werden.

Herr Stadtrat Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, fragt, ob eine Anbindung an die Fernwärme möglich ist.

Herr Stuhler teilt mit, dass Fernwärme zwar untersucht, aber an dieser Stelle kein Fernwärmeanschluss möglich ist.

Weiter möchte Herr Stadtrat Schmidt wissen, ob die potenziellen Nutzer der Sporthalle im Vorfeld in die Planungen mit eingebunden wurden.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass potenzielle Nutzer laufend in den Planungsprozess einbezogen werden. Es ist zeitnah ein weiterer Termin mit Herrn Oberbürgermeister Zenner, Herrn Richter vom Lessing-Gymnasium, dem SV 04 Oberlosa sowie dem Alpenverein vorgesehen, in dem das gesamte Raumkonzept noch einmal vorgestellt werden soll.

Herr Stadtrat Schumann, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, bezieht sich auf das Regenrückhaltebecken bzw. Zisterne, in der das Wasser gesammelt wird. Er möchte wissen, ob, wenn dieses Wasser zur Bewässerung der Grünanlagen genutzt wird, eine Minderung der Einleitmengen zustande kommt.

Herr Kroll erläutert, dass das Wasser nicht komplett eingeleitet werden kann und deshalb das Rückhaltebecken errichtet wird. Dieses System des Beckens hat den Vorteil, dass es zusätzlich Wasser speichert. Es hat einen gewissen Dauerstau und einen Puffer für Spitzen.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, ob auch Wasser für das Arboretum bereitgestellt werden könnte.

Frau Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass die Variante, das Arboretum mit Wasser zu versorgen, nicht ermöglicht werden konnte, weil dies sowohl ein Kostenfaktor als auch ein Denkmalschutzfaktor ist, da die Leitung quer durch den Friedhof verlegt werden müsste.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der FDP-Fraktion, fragt noch einmal, wie die Parkplätze abgesperrt werden, so dass sie durch Schüler etc. genutzt werden können.

Herr Fugmann erklärt, dass die Parkplätze eigentlich immer zur Verfügung stehen. Es gibt keine zeitliche Begrenzung des Parkens. Nur, wenn diese für sportliche Aktivitäten genutzt werden sollen, können diese abgetrennt werden.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich bei den Planern und wünscht weiterhin gutes Vorankommen. Das Projekt liegt im Zeitplan sowie im Kostenrahmen. Sie hofft, dass ein guter Baufortschritt erreicht wird und sich die Handwerker- und Materialsituation wieder entspannt.

3. Diskussion zum HH-Planentwurf 2023/2024

Frau Bürgermeisterin Wolf führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Sie verweist auf den Vorbericht des Haushaltsplanes, der sehr gut aufbereitet ist. Darin enthalten ist auch das große Bauvolumen von ca. 120 Mio EUR, was für eine Stadt wie Plauen eine große Herausforderung ist, zum einen wegen der Bereitstellung der Finanzierung und zum anderen auch für die Verwaltung zur Bearbeitung der Maßnahmen.

Frau Göbel, Kämmerin der Stadt Plauen, erläutert den Haushaltsplan 2023/24 anhand einer Präsentation, speziell die Ausgabenseite mit Investitionen im Planungszeitraum 2023/24 einschließlich des dreijährigen mittelfristigen Planungszeitraumes 2025-2027 von insgesamt fast 150 Mio EUR. Sie appelliert an dieser Stelle, sich zukünftig mit neuen Projekten deutlich zurückzunehmen, da für die großen Baumaßnahmen Folgekosten zu stemmen sind. In erster Linie müsse sich um die bestehende Infrastruktur gekümmert werden, z. B. um den Erhalt der Straßen, Brücken usw.

Vorab weist sie darauf hin, dass die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges nicht spurlos am Haushalt der Stadt Plauen vorbeigehen. So wurde ein Teil der quantifizierbaren Folgen bereits in den Haushalt eingepreist, wie Energiepreise, Inflation, Baukosten. Allerdings sind noch weitere Entwicklungen nicht ausgeschlossen, die eine zusätzliche Mittelbereitstellung abverlangen werden. Die Risiken gelten genauso für die Einnahmeseite. Zunächst sind die Prognosen für diese Einnahmeentwicklung noch sehr positiv, so dass ein gesetzmäßiger und genehmigungsfähiger Haushalt erstellt werden konnte.

Die Finanzlage ist nichtsdestotrotz sehr angespannt. Die Tilgung und der Kapitaldienst für die Kredite können bei weitem nicht erwirtschaftet werden. Frau Göbel hofft dennoch, dass es gelingt, da die Stadt Plauen am 01.01.2023 einen guten Anfangsbestand an liquiden Mitteln aufzuweisen hat.

Herr Stadtrat Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, meint bezüglich der Käthe-Kollwitz-Schule zu wissen, dass die Lernförderschulen in der Hoheit des Kreises liegen. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand und bittet Frau Bürgermeisterin Wolf und Frau Göbel, dies noch einmal zu erläutern.

Frau Göbel erläutert, dass die sog. E-Schulen seinerseits an den Kreis übertragen wurden, die L-Schulen, wie die Käthe-Kollwitz-Schule, nicht. Es gibt auch keine gesetzliche Verpflichtung seitens des Kreises, hier Kosten zu übernehmen.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., legt ebenfalls zur Käthe-Kollwitz-Schule dar, dass hier bekanntermaßen die Toilettenanlage erweitert bzw. ausgebaut werden muss. Er fragt, ob diese Kosten bereits im Haushalt eingeplant sind und wenn ja, wo diese zu finden sind.

Frau Göbel teilt mit, dass diese Kosten noch nicht eingeplant sind. Allerdings ist die Gebäude- und Anlagenverwaltung beauftragt, dies noch einmal zu prüfen.

Frau Bürgermeisterin Wolf ergänzt, dass derzeit verschiedene Lösungen untersucht werden. Das Thema ist aber noch nicht veranschlagungsreif. Eventuell ist es möglich, diese Maßnahme in der laufenden Haushaltsplanung noch einzuordnen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, hat festgestellt, dass im Doppelhaushalt 2023/24 kaum Mittel für die Instandsetzung der Staats-, Kreis- und Gemeindestraßen zur Verfügung stehen. Er fragt, ob zumindest in den Jahren 2025-2027 die Chance besteht, dass der Verfall des Straßennetzes wenigstens punktuell aufgehalten werden kann.

Frau Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass ein Großteil der Straßeninstandsetzungen der Finanzierung für den Bau der Neuen Elsterbrücke zum Opfer fiel. Mit dem Landkreis wurde sich darauf verständigt, dass es ab dem Jahr 2023 ein sog. Kommunalbudget geben soll. Dieses Kommunalbudget ist der Ersatz für Fördermittel, die die Stadt Plauen sonst maßnahmenkonkret erhalten hat. Das Kommunalbudget ist nach Straßenkilometern aufgeschlüsselt. Die Stadt Plauen erhält ein Kommunalbudget bis 2027 in Höhe von 5,84 Mio EUR. Davon wurden 2 Mill. EUR für die Neue Elsterbrücke reserviert, der Rest wird in den Straßenbau fließen. Es wurden auch verschiedene Maßnahmen eingeordnet, vorwiegend in den Folgejahren, beginnend ab 2024.

Es muss ebenso abgewartet werden, wie sich die wirtschaftliche Situation entwickelt. In diesen unsicheren Zeiten sind kaum Prognosen über Einnahmesituationen der nächsten Jahre möglich, gleichfalls die Entwicklung der Baupreise, was Baumaßnahmen betrifft.

4. **Antrag der CDU-Fraktion - Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und Grundstücken, Reg.-Nr. 281-22 - Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Stadtrat Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Müller, Klimaschutzmanagerin im FG Stadtplanung, trägt die Stellungnahme der Verwaltung anhand einer Präsentation vor. Das Thema wurde zweigeteilt. Im nichtöffentlichen Teil wird noch mit einer Vorlage über die Freiflächen im Stadtgebiet informiert, die konkrete Vorstellungen von Eigentümern von Grundstücken beinhaltet, die im öffentlichen Teil nicht kommuniziert werden können.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SGI-Fraktion, interessiert sich für die Gesamtanzahl der kommunalen Gebäude in Plauen, um sich prozentual einen Überblick am Anteil von Gebäuden, die schon eine Photovoltaik-Anlage besitzen und wo dies geplant ist, zu verschaffen.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass diese Anzahl erst ermittelt werden muss. Sie gibt zu bedenken, dass zu den städtischen Gebäuden auch kleine Feuerwehnhäuser, Kindertagesstätten etc. zählen, auf denen es aufgrund der Größe und des Stromverbrauchs nicht sinnvoll ist, Photovoltaik-Anlagen zu installieren. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herrn Persch fiel außerdem auf, dass einige größere kommunale Gebäude in der Präsentation fehlten, wie z. B. die Festhalle oder das Rathaus.

Frau Müller informiert, dass vorerst die Gebäude gewählt wurden, bei denen die Voraussetzungen bereits gegeben sind und dies vergleichsweise zeitnah umzusetzen ist.

Bei der Festhalle wurden zwar Überlegungen angestellt, aber hier ist die Statik das Problem, da das Dach so gut wie keine Auflasten mehr verträgt.

Beim Rathaus ist der Denkmalschutz zu berücksichtigen.

Weiterhin möchte Herr Persch wissen, ob es von der Stadt Plauen angedacht ist, eine Solardachpflicht für gewerbliche Neubauten zu erstellen. Dies gibt es in vielen anderen Kommunen in Deutschland relativ erfolgreich. Es stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, wie dies initiiert werden kann, entweder über Kaufverträge der Stadt an Gewerbetreibende oder über Regelungen in Bebauungsplänen. Konkret nennt er die Verkaufshalle im Chrieschwitzer Hang mit ihrer großen Dachfläche, bei der keine PV-Anlage installiert wird. Herr Löffler, Fachgebietsleiter Stadtplanung, erläutert, dass in Sachsen keine Solarpflicht besteht, es aber Überlegungen wert wären, dies in die Bundesgesetzgebung aufzunehmen. Die Stadt Plauen wünscht dies zwar gegenüber Unternehmen in Gewerbegebieten, kann es aber nicht durchsetzen. Dies geschieht nur auf freiwilliger Basis. Bei Festsetzungen müssten ggf. wieder Befreiungen erteilt werden.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt den Antragsteller nach der Bedeutung im Antrag, dass ausdrücklich Nutzflächen für den Anbau von Lebensmitteln ausgeschlossen sind.

Herr Stadtrat Schmidt erklärt, dass in der Vergangenheit Subventionen für landwirtschaftliche Flächen ausgegeben wurden, die dann mit Energieerzeugung, wie Windkraftanlagen oder PV-Anlagen bebaut wurden. Es soll eben an dieser Stelle nicht passieren, dass kommunale Flächen, die sich in Verpachtung an Landwirte befinden, in Zukunft bebaut werden.

Weiterhin fragt Herr Stadtrat Przisambor, ob die Stadt eventuell darüber nachgedacht hat, PV-Anlagen Gewerbe und Industrie zur Verfügung zu stellen.

Frau Müller bestätigt, dass es bereits Überlegungen dazu gab. Sie gibt zu bedenken, dass dies relativ kompliziert, vor allem in Bezug auf die Vertragsgestaltung, ist. Es müsste sich intensiver damit befassen werden, auch mit den Stadtwerken Strom Plauen.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., legt dar, dass ihre Fraktion bereits im Jahr 2019 einen ähnlichen Antrag stellte. Damals wurde dies noch mit Skepsis und erhöhten Bürokratieaufwand betrachtet.

Frau Bürgermeisterin Wolf entgegnet, dass ihr der Antrag nicht mehr bewusst war. Dort ging es aber hauptsächlich um private Gebäude. Der Anteil der privaten Gebäude mit PV-Anlagen und installierter Leistung kann im Marktstammdatenregister, in dem alle Anlagen registriert werden müssen, öffentlich eingesehen werden.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erklärt, dass bei dieser Auflistung noch keine Kosten zum Tragen kamen. Es macht nur Sinn, wenn dies auch wirtschaftlich ist. Durch die explodierten Energiekosten wird eine PV-Anlage zwar wirtschaftlicher, aber eine notwendige Einspeisung von Dachphotovoltaik-Anlagen ist heutzutage weder wirtschaftlich noch ökologisch. Wenn, kann nur die Eigennutzung betrachtet werden, was den Wirtschaftlichkeitsaspekt relativiert.

Frau Müller erklärt, dass hier vorerst nur die Potentiale grob vorgestellt wurden.

Es gab mittlerweile eine Änderung im EEG. Dieses sieht vor, wenn man Dachanlagen baut, die nur Strom einspeisen und keinen Eigenverbrauch haben, man eine höhere Einspeisevergütung erhält. Dachanlagen können auch geteilt werden, ein Teil wird als Eigenverbrauch genutzt und der andere Teil als Volleinspeisung gestaltet. Der Volleinspeisende würde auch eine etwas höhere Einspeisevergütung erhalten.

Es muss noch im Detail durchgerechnet werden, bis zu welcher Größe sich was lohnt.

Herr Stadtrat Legath, Fraktion DIE LINKE., verweist auf die Gebäude der Rückert-Oberschule sowie des Jugendklubs „Hally“, Friedensstraße.

Die Rückert-OS soll 2024/25 saniert werden, hat eine große Dachfläche und steht relativ frei. Hier wäre es perspektivisch denkbar, eine PV-Anlage zu installieren.

Das „Hally“ könnte eventuell mit der Allende-Schule gekoppelt werden, um beide Dachflächen zu nutzen.

Weiterhin fragt Herr Stadtrat Legath, ob Gebäude der Wohnungsbaugesellschaft mbH Potentialflächen aufweisen.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt zu, alle angesprochenen Gebäude prüfen zu lassen.

5. Vorberatung

5.1. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Haselbrunn“ in Form der Sanierungsatzung, Drucksachenummer: 0713/2022

Zum Tagesordnungspunkt wird Frau Polster-Roth, Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (WGS), begrüßt, die für die vorbereitende Untersuchung dieses Sanierungsgebietes beauftragt wurde.

Herr Löffler, Fachgebietsleiter Stadtplanung, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Frau Polster-Roth legt umfassend den Inhalt der vorbereitenden Untersuchung dar:

- Bestandsaufnahme (Bevölkerungsstruktur, Eigentums-/Nutzungsverhältnisse, Bauzustand, Denkmalschutz, Freiflächen, Umwelt und Geologie, Verkehr, technische Infrastruktur, Soziales und Daseinsvorsorge)
- Gebietsanalyse (städtebauliche Missstände, funktionale Mängel und Funktionsschwächen, SWOT-Analyse)
- Beteiligung (Träger öffentlicher Belange, Befragung von Eigentümern, Bürgerbeteiligung)
- Ziel- und Maßnahmenkonzept (Abwägung öffentlicher und privater Belange, Ziele der Sanierung, Ableitung der Maßnahmen, Wahl des Sanierungsverfahrens, Abgrenzungsvorschlag des Sanierungsgebietes)

Mit Abschluss der VU wurde der Vorschlag erarbeitet, das künftige Sanierungsgebiet im klassischen Verfahren durchzuführen. Im Anschluss wurde in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung noch einmal abgewogen, in welchem Umfang das Gebiet als Fördergebiet ausgewiesen werden könnte. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das gesamte Untersuchungsgebiet Bedarf hat, in die Förderung einbezogen zu werden. Deshalb wird angestrebt, in Zusammenhang mit der EFRE- und ESF-Förderung dieses Förderprogramm WEP zu wählen und das gesamte Gebiet in ein Förderprogramm aufzunehmen. Der Fördermittelantrag wird mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept, welches durch die Stadt Plauen, Herrn Forster, erarbeitet wird, in Zusammenhang stehen. Wenn dieses vorliegt, wird versucht, zum Termin Ende Januar 2023, zu dem die Fördermittelanträge 2023 und Folgejahre zu stellen sind, den Fördermittelantrag zu stellen.

Da ein Städtebauförderprogramm über dieses Gebiet gelegt wird, besteht die Möglichkeit der Kumulierung der Städtebauförderprogramme mit EFRE und damit eine Reduzierung des Eigenanteils der Stadt bei Maßnahmen, die die Stadt hoheitlich durchführen möchte.

Die Anlage wird im Session zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, bezieht sich auf die Gebietsabgrenzung, in der z. B. die Martin-Luther-Straße und der Nord-Sportplatz nicht mit im Fördergebiet liegen.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass das Sanierungsgebiet nicht immer deckungsgleich mit dem Fördergebiet ist. Es geht hier speziell darum, ein Sanierungsgebiet auszuweisen, welches sich an den Blockstrukturen der Bebauung orientiert. Deshalb wurden z. B. die WbG/AWG-Wohnblöcke rechts der Schillerbrücke, die relativ leer sind, auf jeden Fall in der Förderkulisse WEP verankert. Aber es muss nicht zwingend ein Sanierungsgebiet darauf sein.

Herr Löffler ergänzt, dass ein sehr großes Gebiet mit ca. 80 ha untersucht wurde. An der ein oder anderen Stelle mussten Kürzungen erfolgen. Im Sanierungsgebiet ist insbesondere die gründerzeitliche Bebauung enthalten. Die Fördergebietskulisse kann davon abweichen, dazu wird ein separater Beschluss vorgelegt.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt weiter, dass mit einem Sanierungsgebiet zum einen die steuerliche Förderung privater Eigentümer erreicht werden soll, dass diese in ihr Eigentum investieren und eine Möglichkeit der Steuerabschreibung haben.

Zum anderen können damit die Straßenausbaubeiträge reduziert werden, weil diese im Sanierungsgebiet von der Förderung nicht abgezogen werden.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, möchte wissen, warum die Gustav-Freytag-Straße mit ihren Gründerzeithäusern nicht aufgenommen wurde. Er vermietet hier einige Häuser, die ebenfalls einer Sanierung bedürfen. Er bittet, die Struktur dahingehend anzupassen.

Frau Bürgermeisterin Wolf legt dar, dass keine einzelnen Häuser festgelegt werden können, sondern es muss eine Gebiets- bzw. Blockstruktur erkennbar sein.

Frau Polster-Roth teilt mit, dass bei der Prüfung festgestellt wurde, dass sich die meisten Gebäude der Gustav-Freytag-Straße in einem guten Zustand befinden. Deshalb wurde dieser Bereich aus dem Sanierungsgebiet ausgenommen. Das heißt aber nicht, dass dafür keine Fördermittel möglich sind, da der Bereich vermutlich in das Fördergebiet fällt.

Herr Gräf bittet darum, den Gebäudezustand der hinteren Gustav-Freytag-Straße sowie ca. 4 Häuser auf der Pausaer Straße noch einmal zu prüfen.

Herr Löffler gibt zu, dass sich im hinteren Bereich einige Gebäude in schlechterem Zustand befinden. Die Abgrenzung kann in Anbetracht der Ergebnisse aber als sinnvoll eingeschätzt werden, Kompromisse sind dabei notwendigerweise nicht zu vermeiden.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, ob es hier ebenfalls, wie in den Sanierungsgebieten Altstadt und Östliche Bahnhofsvorstadt, die Möglichkeit der Sonderabschreibungen nach § 7 Einkommenssteuergesetz gibt.

Frau Polster-Roth antwortet, dass dies auf jeden Fall noch festgelegt werden soll.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer: 0713/2022**, ab.

Die Punkte des Beschlussvorschlages werden einzeln abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchung für ein förmlich festgesetztes Sanierungsgebiet „Haselbrunn“ vom 31.08.2022. (Anlage 2)

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Haselbrunn“ in Plauen gemäß der Anlage. Die Gebietsabgrenzung (Anlage 1 der Sanierungssatzung) für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Haselbrunn“ ist Teil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Sanierung innerhalb von 15 Jahren, ab dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Sanierungssatzung, durchgeführt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht den verkehrsberuhigten Bereich vor der Markuskirche an. Er fragt, wann es hier zu einer Sperrung und Auflösung kommt.

Frau Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass die Herausnahme der Straße aus dem öffentlichen Verkehrsraum in Kürze erfolgen wird.

Herr Stadtrat Legat, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf eine Frage aus der Bürgerschaft, die Plauener Straßenbahn betreffend. Eine Bürgerin beschreibt, dass früh sowie mittags die Straßenbahnen sehr voll sind, wenn Schülerinnen und Schüler mitfahren.

Herr Stadtrat Legath fragt, ob es korrekt sei, dass die Straßenbahnen regulär im 15 Minuten-Takt fahren. Wenn ja, gab es dazu seitens der PSB eine Presseinformation, wenn nein, warum nicht? Wäre es möglich, in den Spitzenzeiten einen geringeren Takt zu fahren?

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Stadtrat Legath spricht die Ampeln im Stadtgebiet an, die nicht mehr genutzt werden, aber dennoch in Betrieb sind. Als Beispiel nennt er die zweite Ampel an der Reißiger Straße (ehemals Diska), die nur mit einer Blende verdeckt ist, aber dauerhaft durchläuft.

Er fragt, wie viele Ampeln dies im Stadtgebiet betrifft, wie man das umgehen könnte und was dieser Betrieb kostet.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Persch, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht die deutschlandweite Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an, der sich mittlerweile 324 Kommunen angeschlossen haben. Plauens Partnerstädte Hof und Siegen beteiligen sich ebenfalls.

Herr Persch möchte wissen, ob der Stadt Plauen diese Initiative bekannt ist und plant, sich daran zu beteiligen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Bernd Stubenrauch
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Thomas Salzmann
Stadtrat